

dieses von Prof. Wu Jingrong herausgegebenen chinesisch-englischen Wörterbuchs bei Commercial Press in Hong Kong.
-sch-

AUSSENWIRTSCHAFT

(24)

Tagung des gemeinsamen chinesisch-deutschen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Beijing

Am 7.10.1983 ging in Beijing die 3.Tagung des gemeinsamen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu Ende; sie wurde von chinesischen und bundesdeutschen Regierungsvertretern als erfolgreich bezeichnet. Die chinesische Ministerin für Außenwirtschaftsbeziehungen, Chen Muhua, sagte, es bestünden nicht nur gute politische Beziehungen zwischen den beiden Ländern, sondern es gebe auch vielversprechende Aussichten für den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Beide Seiten vereinbarten die Bildung einer gemeinsamen Gruppe für Nichteisenmetalle, durch die ein neuer Kanal für die weitere Zusammenarbeit geschaffen werden soll. Beide Seiten erörterten auch die Ausdehnung des bilateralen Handelsverkehrs. China würdigte die positive Haltung der Bundesrepublik Deutschland, die mehr chinesische Güter eingeführt habe. Die Bundesrepublik wird weiterhin Mittel für die technische Zusammenarbeit mit China bereitstellen. Beide Seiten vereinbarten, gemeinsam Bemühungen zur Umrüstung chinesischer Klein- und Mittelbetriebe zu unternehmen. Die Bundesrepublik wird China bei der Beschaffung fortgeschrittener Technologien behilflich sein.

Nach rund dreijährigen Verhandlungen konnte am 7.10.1983 in Beijing von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff und der chinesischen Außenhandelsministerin, Chen Muhua, das "Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen" unterzeichnet werden. Es ist dies das erste Abkommen der Volksrepublik China mit einem der großen Kapitalexportländer. Vorher hatte China schon Abkommen mit Schweden (1982) und Rumänien (1983) abgeschlossen. Kernstück des Abkommens sind die Garantien im Falle von Enteignungen, Verstaatlichungen und enteignungsgleichen Maßnahmen (Artikel 4 und Protokoll Ziff. 4). Das Abkommen sieht eine wertentsprechende tatsächlich

verwertbare und frei transferierbare Entschädigung vor, die ohne ungebührliche Verzögerung geleistet werden muß.

Die deutsche Seite konnte die Vereinbarung einer ad hoc-Schiedsgerichtsbarkeit durchsetzen, und zwar ohne die zunächst von chinesischer Seite geforderte vorherige Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges. Sie mußte dafür hinnehmen, daß diese Schiedsgerichtsbarkeit nur für Streitigkeiten über die Höhe der Entschädigung gilt. Die Rechtmäßigkeit einer Enteignungsmaßnahme kann nur durch die innerstaatlichen Gerichte geprüft werden.

Die chinesische Seite erkannte an (Protokoll Ziff. 5), daß die Produktion gemischter Gesellschaften auch im Inland oder in Drittländern gegen nicht frei konvertible Währung abgesetzt werden kann und daß in diesen Fällen die Devisen anders als durch eigene Exporte beschafft werden können.

Das Abkommen ist zunächst auf zehn Jahre geschlossen. Danach wird es, mit einjähriger Kündigungsfrist, auf unbegrenzte Zeit verlängert. Sollte das Abkommen gekündigt werden, so gelten seine Regelungen für bereits getätigte Investitionen noch fünfzehn Jahre fort. Nachdem nunmehr eine völkervertragsrechtliche Absicherung deutscher Investitionen in der Volksrepublik erreicht ist, wird die Bundesrepublik Deutschland künftig auch in der Lage sein, Bundesgarantien zur Absicherung des politischen Risikos bei Investitionen in der Volksrepublik zu übernehmen. Dies wird allerdings erst nach Inkrafttreten des Abkommens möglich sein. Das hierfür erforderliche parlamentarische Zustimmungsverfahren nimmt üblicherweise rund ein Jahr in Anspruch. (Der volle Text des Abkommens sowie des dazugehörigen Protokolls wird im Anhang von CHINA aktuell abgedruckt.) (NfA, 14.10.83)
-lou-

(25)

Deutsche Exporte nach China steigen

Die Bundesrepublik Deutschland führte im ersten Halbjahr 1983 Waren im Werte von 0,9 Mrd.DM aus China ein und exportierte Waren für 1,3 Mrd.DM nach China. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 5% bei den Importen und um 40% bei den Exporten. Der Außenhandelsumsatz lag demzufolge mit einem Wert von 2,2 Mrd.DM um 23% höher als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Der

Anteil der Volksrepublik am gesamten Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland war nach wie vor sehr gering (Einfuhr: 0,5% und Ausfuhr: 0,6%).

Als Folge des starken Exportwachstums wies die Warenverkehrsbilanz gegenüber der Volksrepublik (als Herstellungs- bzw. Verbrauchsland) im ersten Halbjahr 1983 einen Überschuß von 340 Mio.DM aus, während sie im Vorjahr (mit 18 Mio.DM) noch fast ausgeglichen war. Berechnet man die Handelsbilanz gegenüber China jedoch unter Zugrundelegung der Ergebnisse für das Einkaufs- bzw. Käuferland, so zeigt sich eine Zunahme des Ausfuhrüberschusses von 168 Mio.DM im ersten Halbjahr 1982 auf 434 Mio.DM in der Berichtszeit. Aus der Gegenüberstellung der Daten für den Chinahandel in beiden Länderabgrenzungen wird ersichtlich, daß etwa ein Viertel der aus China stammenden Einfuhrwaren über dritte Länder gekauft worden ist. Ausfuhrseitig entfiel nur ein Zehntel der deutschen Exporte auf den mittelbaren Handel.

Die Warenstruktur der Einfuhren aus China war in erster Linie (zu 64%) von Bezügen gewerblicher Fertigprodukte geprägt, unter denen vor allem Gewebe, Gewirke, Strick- und Wirkwaren, Kleidung, chemische Erzeugnisse, Lederwaren, Pharmazeutika und Korbmacherwaren herausragten. Die gewerblichen Rohstoffe (11%) setzen sich hauptsächlich aus Wolle, Ölfrüchten, Bauxit, Graphit und Magnesit zusammen. Auf gewerbliche Halbwaren entfielen weitere 5%, während die Ernährungsgüter mit 19% an der Einfuhr aus China beteiligt waren (Därme, Honig, Gemüse- und Obstkonserven, Wurzeln, Knollen und Tee).

Die Exporte der Bundesrepublik Deutschland nach China bestanden im ersten Halbjahr 1983 zu neun Zehnteln aus gewerblichen Fertigwaren und zu 8% aus gewerblichen Rohstoffen und Halbwaren, während Güter der Ernährungswirtschaft fast gar nicht beteiligt waren (0,2%). In der Gliederung der Ausfuhr nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik bestritten die Erzeugnisse des Industriegütergewerbes allein 49% der Lieferungen nach China. Ihr Wert lag mit 0,6 Mrd.DM um 10% über dem Vorjahresstand. Gewachsen sind vor allem die deutschen Exporte von Wasserfahrzeugen, Maschinenbauerzeugnissen, Straßenfahrzeugen, während die Lieferungen von elektrotechnischen Erzeugnissen, Stahlbauerzeugnissen und Schienenfahrzeugen deutlich unter den Vorjahresergebnissen

sen blieben. Die Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes stellten 44% der Ausfuhr nach China mit einem Wert von 0,6 Mrd. DM. An der Zunahme um 81% gegenüber dem ersten Halbjahr 1982 waren schwerpunktmäßig die Exporte von Eisen und Stahl, chemischen Erzeugnissen und von Walzwerkserzeugnissen beteiligt. Die Erzeugnisse des Verbrauchsgütergewerbes erbrachten noch 5% des deutschen Chinaexports (NfA, 3.10.83).

-lou-

(26)

VW-Projekt in der Volksrepublik verzögert sich

Das von der Volkswagenwerk AG in Shanghai geplante Gemeinschaftsunternehmen zur Produktion des VW-Modells Santana wird nach Angaben des VW-Vorstandsmitgliedes Werner Schmidt nicht mehr wie vorgesehen in diesem Jahr gegründet werden können. Schmidt verwies auf den langsamen Fortgang der Verhandlungen. Er sei aber optimistisch, daß es in der ersten Hälfte des nächsten Jahres zu dem Joint Venture kommen werde.

Schmidt erinnerte an die vorläufige Vereinbarung über das Joint Venture vom November 1982, nach der sich VW mit 50%, die Shanghai Tractor Automobile Corporation mit 35% und die Filiale der Bank of China in Shanghai mit 15% beteiligen wollen. Ab etwa 1989 sollen in Shanghai mindestens 20.000 Pkw jährlich und ab 1987 oder 1988 jährlich 100.000 Motoren hergestellt werden. Bisher wurden in China 350 Pkw probeweise montiert (FAZ, 8.10.83; SZ, 8.10.83).

-lou-

(27)

Deutsche Entwicklungshilfe an China soll erhöht werden

Die Bundesregierung wird die finanzielle Unterstützung für Entwicklungshilfeprojekte in China erhöhen. Wie der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, in Beijing in einem Gespräch mit Außenhandelsministerin Chen Muhua ankündigte, soll der für dieses Jahr bereitgestellte Betrag von 15 Mio. DM um 5 Mio. DM erhöht werden.

Die Bundesregierung hatte wiederholt betont, daß sie z.Zt. keine Chancen für staatlich verbilligte Kredite sehe. Chinesische Funktionäre hatten bei einem Ausbleiben der Kredite damit gedroht, der deutschen Industrie weniger Aufträge zu geben. Beobachter vermuten, daß China in Erwartung des Kohl-Besuchs im nächsten Jahre die Frage der Ka-

pitalhilfe nicht mehr hochspielen wollte.

Wie Warnke weiter mitteilte, habe er den Eindruck gewonnen, daß China sehr an einer Kooperation hinsichtlich eines Großflugzeuges der Firma Airbus interessiert sei. Gedacht werde dabei nicht an ein reines Liefergeschäft, sondern an eine Zusammenarbeit bei der Produktion von Einzel- oder Ersatzteilen. Die Airbus-Gesellschaft hatte Mitte Oktober mit einem Flugzeug des Typs A310 in Beijing, Shanghai und Guangzhou Demonstrationsflüge durchgeführt. Damals bezeichnete die Leitung der Staatlichen Chinesischen Fluggesellschaft CAAC den hohen Stand des Airbus als "bewundernswert". Der Preis von etwa 50 Mio. \$ erschien jedoch als "zu hoch".

Warnke unterstrich, daß Bonn zur Unterstützung der deutschen Werften der Volksrepublik auch Kredite für neun Containerschiffe im Werte von 500 Mio. DM gewährt. Die Bundesregierung subventioniert den dafür nötigen Kredit, der sich dadurch um 25% des Kapitalbetrages verbilligt (XNA, 18.10.83; FR, 31.10.83; FAZ, 31.10.83).

-lou-

(28)

Chinesisch-amerikanische Kontroverse über Chinas Textilexporte in die USA

Ein Sprecher des Ministeriums für Außenwirtschaft und Außenhandel gab eine Erklärung ab, in der Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht wurde, daß das US-Handelsministerium einem von amerikanischen Geschäftsleuten unterbreiteten Antrag gegen den chinesischen Export von Textilien in die Vereinigten Staaten stattgegeben hat. Diese Erklärung lautet wie folgt: "In einem Antrag an das Handelsministerium der Vereinigten Staaten vom 12. September 1983 behaupteten gewisse amerikanische Textilhersteller und andere, 'China gewähre 'Regierungssubventionen' für alle chinesischen Textilien, Kleidungsstücke und sonstigen verwandten Erzeugnisse, die in die Vereinigten Staaten ausgeführt werden. Sie forderten die US-Regierung auf, als Ausgleich für diese Subvention einen 'Ausgleichszoll' zu erheben. Dies ist ein Vorwand einiger Personen in amerikanischen Textilkreisen, um die derzeitige chinesische Politik der Devisenkontrolle und des internen Finanzausgleichs zu verzerrern.

Die Volksrepublik und die USA haben grundsätzlich unterschiedli-

che Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme. Bei der versuchsweisen Verwendung von Devisenpreisen für den internen Ausgleich von Handelstransaktionen handelt es sich um eine wirtschaftliche Maßnahme, die China ergriffen hat, um der Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Öffnung zur Außenwelt und der Reform seines Außenhandelsystems gerecht zu werden. Die gleichen Ausgleichspreise gelten sowohl für Importe als auch für Exporte, für alle Import- und Exportgüter, für den Außenhandel mit allen Ländern und Regionen und für alle Unternehmen und Gesellschaften im Lande. China hat weder irgendwelche Exportartikel subventioniert noch in irgendeinem anderen Land Waren zu Dumpingpreisen abgesetzt.

Der Antrag, in dem die amerikanischen Textilhersteller sich über China beschwerten, ist daher unbegründet. Sollte dieser Antrag durchgebracht werden, wären damit die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern gefährdet. Zu unserem großen Bedauern hat jedoch das amerikanische Handelsministerium beschlossen, sich trotz der ernsthaft durchgeführten chinesischen Verhandlungen des Falles anzunehmen. Wir hoffen, daß die amerikanische Regierung sorgfältig über die sehr schwerwiegenden Folgen nachdenken wird, die sich daraus ergeben könnten. China wird entsprechend der Entwicklung der Ereignisse handeln (Xinhua, 27.10.83, zitiert nach SWB, 28.10.83)."

-lou-

(29)

Weitere Offshore Ölverträge abgeschlossen

Am 29. Oktober 1983 wurden zwischen der China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) und fünf ausländischen Firmen zwei Verträge über die Förderung chinesischen Offshore-Öls abgeschlossen. Der erste Vertrag wurde mit einem Konsortium, das aus der Japan National Oil Corporation und den drei amerikanischen Firmen Getty Oil International (Orient) Incorporated, Sun Orient Exploration Company und Texas Eastern Orient Incorporation abgeschlossen. Das Konsortium erhält einen Block im Mündungsgebiete des Perlfusses, 150 km von Hong Kong entfernt, mit einer Fläche von insgesamt 1.279 qkm mit einer Wassertiefe zwischen 75-100 m. Die vier dem Konsortium angehörenden Firmen haben eine nicht auf Gewinne ausgerichtete Betriebsgesellschaft gegründet, die das Projekt betreiben wird.

Der zweite Vertrag wurde mit der Cluff Oil p.l.c. aus Großbritannien unterzeichnet. Cluff Oil erhält einen Block im nördlichen Teil der südlichen Huang-See im Umfang von 4.458 qkm mit Wassertiefen zwischen 40 bis 50 m. Nach Aussagen der Cluff Oil hofft die Firma, mehr als 500 Mio. Barrel Rohöl aus den Vertragsgebieten im südlichen Gelben Meer zu erzielen.

Wie die CNOOC mitteilte, sollen bis Ende des Jahres weitere Offshore-Ölverträge abgeschlossen werden (XNA, 29.10.83; Financial Times, 31.10.83).

-lou-

(30) Erste Insolvenz eines westlichen Unternehmens in China

Zum erstenmal seit Öffnung der Volksrepublik China für die westliche Wirtschaft ist ein nichtchinesisches Unternehmen innerhalb der Volksrepublik insolvent geworden. Es handelt sich um die LMK Nam Sang Dyeing Factory Ltd., die in der Volksrepublik in der Nähe von Hong Kong eine der größten Stoffdruckereien und -färbereien in der Volksrepublik betreibt. Das Kapital der Gesellschaft befindet sich zu rund 70% bei einer Industriegruppe in Hong Kong und zu rund 30% bei Kleinaktionären.

Die Gläubiger, bei denen es sich größtenteils um Banken handelt, haben sich auf die amerikanische Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Peat Marwick Mitchell + Co. als Zwangsverwalter geeinigt. Dieses Unternehmen hat nun die Möglichkeit jeglicher Verwertung bis hin zur Liquidation. Als ein wesentlicher Grund für die Insolvenz wird genannt, daß der Aufbau der Fabrikanlagen von LMK wesentlich länger gedauert und wesentlich mehr gekostet hat, als ursprünglich geplant war. Der Betrieb wurde schließlich Ende 1981 aufgenommen, konnte aber seitdem keine großen Erfolge erzielen.

Bei einer Vielzahl der am China-Geschäft interessierten ausländischen Unternehmen hat der Zusammenbruch Sorgen ausgelöst. Es geht vor allem um die Verwertungsmöglichkeiten. Bekommt der amerikanische Zwangsverwalter von der chinesischen Seite Schwierigkeiten, dann muß die Verwertung frühzeitig scheitern. Falls ein solcher Fall eintritt, muß damit gerechnet werden, daß die Kreditfähigkeit anderer, nichtchinesischer Unternehmen in der Volksrepublik stark eingeschränkt ist. Hinzu kommt, daß die LMK zu den bisher ganz wenigen auslän-

dischen Firmen in der Volksrepublik zählte, die sich ausschließlich in nichtchinesischen Händen befunden haben. Das Scheitern eines solchen Unternehmens könnte die Führung in Beijing möglicherweise dazu veranlassen, die Zulassung von Unternehmen, die sich zu 100% in ausländischen Händen befinden, zu überdenken (FAZ, 7.10.83).

-lou-

WIRTSCHAFT

(31) Staatsrat ruft zum Ausgleich der Verluste auf

Am 19. Oktober 1983 gab die Zentrale Wirtschaftskommission ein Rundschreiben über den Ausgleich der Defizite bei staatlichen Industrie- und Handelsbetrieben heraus. Das Rundschreiben betont, daß der Ausgleich der Verluste ein wichtiger Schritt bei der Verbesserung der ökonomischen Ergebnisse sei und daß alle Einheiten sich bemühen müßten, diesem Problem besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

In der Jingji Ribao vom 20. Oktober 83 erschien ein längerer Bericht über das Defizitproblem. Im folgenden werden wichtige Passagen dieses Berichtes wiedergegeben: Es war erwartet worden, daß von Januar bis September d.J. 8436 staatliche Industriebetriebe Verluste machen würden. Der Prozentsatz dieser Betriebe sollte von 28,5% in der Vergleichsperiode des Jahres 1982 auf 20,6% sinken, und der Umfang der Defizite sollte 23,6% niedriger werden. Was die Defizite angeht, so schnitten die Betriebe der Verteidigungsindustrie besser ab als die Betriebe der Zivilindustrie und die lokalen Industriebetriebe besser als diejenigen Betriebe, die direkt verschiedenen zentralen Ministerien unterstehen. In den ersten 9 Monaten dieses Jahres nahmen die Defizite der Betriebe der Verteidigungsindustrie um 32% ab (gegenüber der Vergleichsperiode 1982), und die Defizite der lokalen Industriebetriebe sanken um 27%. Die Defizite der direkt den verschiedenen Zentralministerien unterstehenden Betriebe sanken jedoch nur um 3,5%. Auch regional war der Fortschritt unausgeglichen. Im Vergleich zur selben Periode des Jahres 1982 gab es nur drei Provinzen - nämlich Shanxi, Gansu und Jilin -, die ihre Defizite um mehr als die Hälfte reduzieren konnten. Neun Provinzen und eine regierungsmittelbare Stadt - Henan, Shaanxi, Shanghai, Liaoning, Hebei, Hubei, Jiangxi, Shandong, Gui-

zhou und Fujian - konnten ihre Defizite um mehr als 30% senken. Es gab zwei Provinzen, deren Defizite sogar weiter anstiegen: Guangdong um 16,2% und Yunnan um 5,3%. Gegen Ende September 1983 wiesen fünf Provinzen - Guangdong, Heilongjiang, Hunan, Shandong und Sichuan - Defizite von über 100 Mio. Yuan auf. Die Defizite nahmen zu in der Forstwirtschaft, in der Nicht-Eisen-Metallindustrie und in den Leicht- und Textilindustrien. Fortschritte machten hingegen die Petroleum-, Maschinenbau-, Metall-, Chemie-, Luft- und Raumfahrtindustrien sowie der Schiffbau.

In den ersten acht Monaten dieses Jahres stiegen die Defizite der staatlichen Handelsunternehmen im Vergleich zur selben Periode des Jahres 1982 um 19,9%. Die Netto-defizite der Nahrungsmittel-Gesellschaften und Nahrungsmittel-Versorgungsabteilungen stiegen um 73,1%. Die Defizite der nicht den Nahrungsmittelgesellschaften und Nahrungsmittelversorgungsabteilungen unterstehenden Einheiten stiegen um 19,2%. In den Provinzen Liaoning, Hebei, Guizhou, Shaanxi und Jiangxi sanken die Defizite der Nahrungsmittel-einheiten um mehr als 40%, wohingegen die Defizite der sieben Provinzen Anhui, Yunnan, Jiangfu, Fujian, Jiangxi, Guangdong und Sichuan weiterhin stiegen. In den ersten acht Monaten dieses Jahres stiegen auch die Defizite der Kooperativen und der ihnen angeschlossenen Organisationen um 14%. Die Kooperativen, denen es gelang, ihre Defizite um mehr als 60% zu senken, waren in Shanghai und in Shandong; Kooperativen in der Inneren Mongolei, Hunan, Tianjin und Yunnan konnten ihre Defizite um mehr als 25% senken. In 16 Provinzen bzw. Autonomen Regionen - Zhejiang, Jiangsu, Ningxia, Heilongjiang, Anhui, Qinghai, Shaanxi, Liaoning, Fujian, Jiangxi, Hubei, Xinjiang, Hebei, Guizhou, Sichuan und Guangdong - stiegen weiterhin.

Wie das Rundschreiben ausführt, sollen vor allem folgende Punkte beim Abbau der Defizite beachtet werden:

1. Die Leitung der Arbeit muß verstärkt werden. Die Betriebsleiter sollen den Abbau der Defizite als eine wichtige Maßnahme und als Durchbruch bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Resultate anerkennen.
2. Bei der Beseitigung der Defizite ist es nötig, sich Ziele zu setzen und die Betriebsleitungen nach Zielen auszurichten. Die Ziele sollten für jede Ebene festge-